

Herbstkonferenz

10. November 2023 in Berlin



Beschluss

TOPI. 13

Elektronische Einreichung höchstpersönlicher Erklärungen

Berichterstattung: Rheinland-Pfalz

1. Die Justizministerinnen und Justizminister stellen fest, dass die Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs und die aktive Nutzungspflicht für professionelle Anwenderinnen und Anwender bei der Abgabe höchstpersönlicher Erklärungen durch Verfahrensbeteiligte in der Praxis zu Schwierigkeiten führen kann.
2. Sie bitten den Bundesminister der Justiz darauf hinzuwirken, dass eine Einreichung höchstpersönlicher Erklärungen auf elektronischem Wege erleichtert wird.